III.
GLOBALER ANTIZIONISMUS UND JUDENHASS

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Erfolgsgeschichte des Terrors

Die UNO und Israel – vor und nach 10/7

Florian Markl

Besucher des UNO-Hauptquartiers in New York haben neben den üblichen Besichtigungstouren auch die Möglichkeit, temporäre Ausstellungen anzusehen. Im Sommer 2024 gab es im Eingangsbereich des Besucherzentrums eine Ausstellung mit dem Titel „Memories", deren Inhalt auf der UNO-Webseite folgendermaßen beschrieben wurde:

> Mit dieser Ausstellung soll das Bewusstsein für die menschlichen Geschichten geschärft werden, die jedem Opfer und Überlebenden des Terrorismus zugrunde liegen, sowie für die langanhaltenden Auswirkungen, die jeder Terroranschlag auf seine überlebenden Opfer hat. Außerdem sollen die Gemeinsamkeiten hervorgehoben werden, welche die Opfer auf der ganzen Welt verbinden und betont werden, wie wichtig es ist, Terroranschläge und damit neue Opfer zu verhindern. (United Nations 2024)

Erwähnt wurden in der Ausstellung von den Anschlägen des 11. September 2001 in den USA und dem Attentat auf den Boston-Marathon 2013 bis zu Anschlägen in Indonesien oder Kenia Terrorakte in aller Welt. Palästinensische Terrorakte und deren israelische Opfer suchte man vergeblich.

Obwohl palästinensische Gruppen in den späten 1960er Jahren Pioniere des internationalen Terrors waren und in Dutzenden Ländern blutige Anschläge verübt haben, palästinensische Selbstmordattentäter im Laufe der Jahre Hunderte Israelis mit in den Tod rissen und der Massenmord der Hamas in Israel vom 7. Oktober 2023, bei dem rund 1.200 Israelis bestialisch ermordet wurden, noch nicht einmal ein Jahr her war, wurde palästinensischer Terror gegen Israel in der Ausstellung mit keinem einzigen Wort erwähnt.

Dass Israelis als Opfer palästinensischen Terrors für die Vereinten Nationen schlicht nicht existieren, beschränkt sich nicht allein auf diese Ausstellung in New York, sondern hat System, wie auch ein anderes Beispiel zeigt: Der Sicherheitsrat führt eine Liste von aktuellen Personen und Organisationen, die wegen Terrorismus oder Terrorunterstützung unter Sanktionen

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

des Sicherheitsrates stehen (United Nations Security Council 2025). Unter den 193 angeführten Organisationen befinden sich al-Qaida, der ägyptische Islamische Dschihad, die philippinische Gruppe Abu Sayyaf und viele andere Terrorgruppen, aber keine einzige palästinensische: nicht die Hamas, nicht der Palästinensische Islamische Dschihad, keine Al-Aqsa-Brigaden und keine Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP). Palästinensische Terrorgruppen konnten jahrzehntelang israelische Zivilisten ermorden, ohne deswegen bei den Vereinten Nationen als Terrororganisationen sanktioniert oder auch nur als Terrorgruppen angesehen zu werden.

Dass die UNO eine ausgeprägt antiisraelische Schlagseite aufweist, mag als erste Annäherung ein Beispiel veranschaulichen: Von 2000 bis 2014 wurden im Krieg im Kongo rund fünf Millionen Menschen getötet und etliche Millionen zu Flüchtlingen. In dieser Zeit gab es im Schnitt pro Jahr zwei Resolutionen der UNO-Generalversammlung, die sich mit dem Kongo beschäftigten (die meisten von ihnen bezogen auf UNO-Friedenstruppen). Dagegen wurden im selben Zeitraum fast 300 Resolutionen gegen Israel verabschiedet, im Schnitt nicht weniger als 23 pro Jahr (Freedman 2014: 21). Insgesamt hat die Generalversammlung mehr Resolutionen beschlossen, in denen explizit Israel an den Pranger gestellt wurde, als gegen alle anderen Länder der Welt zusammen.

Leider trifft der Befund zu, dass sich bei den Vereinten Nationen für nahezu jede Absurdität eine Mehrheit finden lässt, wenn Israel dabei in schlechtes Licht gerückt werden kann, wie der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban es einmal auf den Punkt gebracht hat: „Wenn Algerien in einem Resolutionsentwurf erklären würde, dass die Erde eine Scheibe ist und Israel sie dazu gemacht hat, dann würde diese Resolution mit 164 zu 13 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen werden." (Zit. n. Shalom 2004)

Im Folgenden werden zunächst die Entwicklungen analysiert, die zu dieser Einseitigkeit und Voreingenommenheit der Vereinten Nationen in Sachen Israel geführt haben, wobei ein besonderes Augenmerk auf den Aufstieg der PLO auf dem UNO-Parkett und die damit einhergehende Legitimierung palästinensischen Terrors gegen Israel gelegt wird.[1] Sodann wird insbesondere am Beispiel des UNO-Menschenrechtsrates gezeigt, wie ausgeprägt und strukturell verankert die Israelfeindschaft bei den Vereinten Nationen ist, um abschließend einen Blick auf einige Aspekte des skan-

1 Diese Darstellung beruht im Wesentlichen auf Feuerherdt/Markl (2018: 129–192).

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dalösen Verhaltens der UNO nach dem Hamas-Massaker in Israel vom 7. Oktober 2023 zu werfen.

Antiisraelische Wende

Die Vereinten Nationen waren nicht immer so israelfeindlich, wie sie sich heute präsentieren. Das beste Beispiel dafür ist die von der Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit angenommene sogenannte Teilungsresolution vom 29. November 1947, mit der vorgeschlagen wurde, dass „in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger jüdischer Staat" (UN-Generalversammlung 1947: 3) entstehen sollen.

Wie allseits bekannt ist, konnte diese Resolution nie umgesetzt werden, weil die arabischen Staaten sich einer Teilung des Landes kategorisch verweigerten und gegen die Entstehung eines jüdischen Staates 1948 in den Krieg zogen. Die Teilungsresolution war ein Kompromissvorschlag, der mit dem arabischen Angriff auf Israel wieder vom Tisch war (eine rechtlich bindende Wirkung hatte er als Resolution der Generalversammlung ohnehin nicht).

Der Teilungsvorschlag, mit dem die Vereinten Nationen für die Schaffung eines jüdischen Staates eintraten, war Ausdruck eines kurzen historischen Moments, in dem ein auch von damaligen Zeitgenossen für höchst unwahrscheinlich gehaltener Fall eingetreten war, dass die USA und die Sowjetunion inmitten des gerade ausbrechenden Kalten Krieges an einem Strang zogen. Der israelische Diplomat David Horowitz schrieb im Rückblick sechs Jahre später:

> Das große Wunder war die sowjetisch-amerikanische Einigkeit, die im Zuge der Entscheidung für die Schaffung des jüdischen Staates erreicht wurde; der einzige Fall solcher Einigkeit in der Geschichte der Vereinten Nationen. […] Für eine kurze Zeit standen die Vereinigten Staaten und die UdSSR Seite an Seite an der Wiege der jüdischen Unabhängigkeit. (Horowitz 1953: 310)

Noch während des israelischen Unabhängigkeitskrieges deutete sich eine Positionsverschiebung der Sowjetunion an, binnen weniger Jahre schwenkte der gesamte sowjetisch geführte Staatenblock auf einen stramm antiisraelischen Kurs um. Auch bei den Vereinten Nationen zeichnete sich schon während des Krieges eine deutlich weniger freundliche Haltung gegenüber dem Projekt eines jüdischen Staates ab. Die vollständige Kehrtwende der

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

UNO vollzog sich im Laufe der kommenden rund 25 Jahre. Dafür waren drei wesentliche Entwicklungen verantwortlich: der große Zuwachs an UNO-Mitgliedsstaaten im Zuge der weltweiten Entkolonialisierung, der Einsatz der sogenannten Öl-Waffe durch die arabischen erdölproduzierenden Staaten im Jom-Kippur-Krieg 1973 und der rasante Aufstieg, den die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) auf dem Parkett der Vereinten Nationen hinlegte.

Mitgliederzuwachs

Der nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit einsetzende Prozess der Entkolonialisierung führte zur Entstehung etlicher neuer Staaten, die als neue UNO-Mitglieder die Mehrheitsverhältnisse in den verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen nachhaltig veränderten. 1945 wurde die UNO mit 50 Mitgliedern gegründet, bis zum Sechstagekrieg 1967 war die Mitgliederzahl auf 123 angewachsen, und 1975, im Jahr der Verabschiedung der berüchtigten ‚Zionismus-ist-Rassismus'-Resolution, waren es bereits 144 Mitglieder. Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich nur mehr bei einem Viertel der Mitgliedsstaaten um Demokratien, die „zu einer Minderheit in den Vereinten Nationen" geworden waren und nur mehr „ein kleines und isoliertes Segment der Weltgemeinschaft" repräsentierten (Beker 1988: 57). Aktuell gehören der UNO 193 Staaten an.

Dieser Prozess bedeutete für die Vereinten Nationen nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Wandel. Die vom Kolonialismus befreiten und nunmehr unabhängigen Staaten wurden formal oftmals als Demokratien ins Leben gerufen, doch war dieser Regierungsform in aller Regel nur kurze Lebenszeit beschieden. Viele mutierten zu autokratischen und diktatorischen Regimen, die meist ausgeprägt antiwestlichen Ideologien anhingen und mit dem Ostblock und den arabischen bzw. islamischen Staaten verbündet waren. Die Allianz aus ehemaligen Kolonien, dem Sowjetblock sowie den arabischen und islamischen Staaten machte den Kern der trotz aller seither eingetretenen politischen Veränderungen bis heute existierenden, automatischen Mehrheit gegen Israel bei den Vereinten Nationen aus.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Einsatz der Öl-Waffe

Der zweite für den antiisraelischen Kurswechsel der Vereinten Nationen verantwortliche Faktor ereignete sich Anfang der 1970er Jahre: Nach dem ägyptisch-syrischen Angriff auf Israel im Oktober 1973, mit dem der Jom-Kippur-Krieg begann, drosselten die arabischen OPEC-Staaten die eigene Ölförderung und verhängten als Strafe Öl-Embargos gegen Länder, die von ihnen als Unterstützer Israels betrachtet wurden – unberechtigterweise, verweigerten doch beispielsweise sämtliche europäischen Länder dem von seinen Nachbarn überfallenen jüdischen Staat nahezu jegliche Unterstützung. Gegen zwei Staaten, die USA und die Niederlande, wurde sogar ein kompletter Ölboykott verhängt.

Der Einsatz der Öl-Waffe zeigte unmittelbar Wirkung. Am 6. November 1973 veröffentlichte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EEC) bei einem Treffen in Brüssel eine Erklärung, die nach der damaligen Einschätzung der *Washington Post* „klar darauf abzielte, die arabischen Nationen zu besänftigen" (zit. n. Muravchik 2014: 56) und im Wesentlichen eine weitgehende Übernahme arabischer Positionen bedeutete. Hinter vorgehaltener Hand wurde gar nicht bestritten, dass die Erklärung „eine Geste des Appeasements gegenüber den Arabern" (ebd.) war, mit der eine Ausweitung des Öl-Boykotts verhindert werden sollte.

Nicht nur europäische Staaten wurden von der arabischen Öl-Waffe getroffen. Auch Japan, das in den 1970er Jahren über zwei Drittel seines Ölbedarfs mit Importen bediente und ohnehin schon als eines der betont pro-arabischen Länder galt, geriet ins Fadenkreuz, und die Forderungen fielen noch härter aus als jene gegen die Europäer. Japan wurde aufgefordert, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel abzubrechen, den Arabern militärische Hilfe zu leisten und auf die USA einzuwirken, damit diese ihre Haltung im israelisch-arabischen Konflikt ändern. Japan reagierte mit einer Erklärung, die in ihrer pro-arabischen bzw. pro-palästinensischen Haltung noch über das EEC-Statement hinausging; darüber hinaus gab es Versprechen über Wirtschaftshilfen in Milliardenhöhe. Japan agierte in weiterer Folge auf dem internationalen Parkett als die am meisten pro-arabische Industrienation und spielte auch bei der Akzeptanz der PLO eine Vorreiterrolle (Licklider 2008: 214f.).

Auf der Ebene der Vereinten Nationen bewirkte die arabische Öl-Waffe eine Änderung des Stimmverhaltens auch bei Ländern, die in einem weit geringeren Maße von Öl-Importen aus dem Nahen Osten abhängig waren als die europäischen Staaten oder Japan. So etwa bei Kanada, das in Nah-

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ostfragen traditionell mit den USA abgestimmt hatte. Jetzt war plötzlich „ein Wechsel in der Rhetorik über die Palästinenser" zu bemerken, und Kanada enthielt sich fortan bei pro-palästinensischen Resolutionen der UN-Generalversammlung, die es zuvor noch explizit abgelehnt hatte, der Stimme (ebd.: 213). Generell schien es vielen westlichen Staaten ein akzeptabler Preis zu sein, die Sicherheit der Öl-Versorgung dadurch zu erhöhen, dass sie bei den Vereinten Nationen auf größere Distanz zu Israel gingen und vermehrt Resolutionen absegneten, welche die arabischen Positionen unterstützten.

Der Kontinent, auf dem die arabische Öl-Waffe die weitreichendsten Folgen hatte, war Afrika. Israel hatte zu vielen afrikanischen Staaten relativ gute Beziehungen, die nicht zuletzt auch aus dem israelischen Selbstverständnis herrührten, aus einer antikolonialen Revolte hervorgegangen zu sein. Israelische Entwicklungshilfeteams waren in etlichen afrikanischen Ländern tätig, Tausende Afrikaner kamen zu Ausbildungszwecken nach Israel. Einen ersten Dämpfer in den Beziehungen gab es bereits nach dem Sechstagekrieg 1967, als einige afrikanische Staaten auf arabischen Einfluss hin die Beziehungen zu Israel abbrachen – eine Entwicklung, die sich nach dem Krieg von 1973 noch einmal drastisch verschärfte.

Dieser Einfluss nahm unterschiedliche Formen an und reichte vom Appell zur islamischen Einheit an Länder, die mehrheitlich islamisch waren oder zumindest große islamische Minderheiten beinhalteten, über Aufrufe zur afro-arabischen Solidarität im Kampf gegen den (westlichen) Kolonialismus bis hin zu direkten Drohungen gegen Regime oder bestimmte politische Führungspersönlichkeiten. Dazu kamen Versprechungen über wirtschaftliche Hilfen und Öl-Lieferungen, die speziell nach der Vervielfachung des Ölpreises im Zuge des Oktober-Krieges 1973 auf fruchtbaren Boden fielen. Letztendlich kappten 29 afrikanische Länder die Beziehungen zum jüdischen Staat (Curtis 1986: 417f.)

Der Aufstieg der PLO

Für die Obsession, mit der die UNO sich seit Mitte der 1970er Jahre auf Israel stürzte, bedurfte es jedoch noch eines dritten Faktors: des Siegeszugs der PLO auf dem diplomatischen Parkett und der damit einhergehenden Legitimierung des palästinensischen Terrors gegen Israel. Damit der kometenhafte Aufstieg der PLO in der ersten Hälfte der 1970er Jahre gelingen konnte, musste die Wahrnehmung des arabisch-israelischen Konflikts in

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der internationalen Öffentlichkeit grundlegend verändert werden. Bis zum Sechstagekrieg von 1967 spielten die Palästinenser bei den Vereinten Nationen keine Rolle. Selbst in der wichtigen Sicherheitsratsresolution 242 vom November 1967 war von ihnen mit keinem Wort die Rede (United Nations Security Council 1967).

Das Bild von Israel als dem David, der sich gegen die als Goliath wahrgenommene arabische Welt zu behaupten habe, musste umgedreht werden. In der neuen Wahrnehmung wurde Israel plötzlich zum Goliath, das als nunmehrige „Besatzungsmacht" nicht mehr allgemein der arabischen Welt gegenüberstand, sondern den neu auf der Bühne aufgetauchten Palästinensern, die jetzt in die Rolle des David schlüpften.

Um Anschluss an den Zeitgeist der späten 1960er/frühen 1970er Jahre zu finden und weltweit Sympathien gewinnen zu können, musste der fortdauernde Kampf gegen Israel aus der politischen Schmuddelecke hinausmanövriert werden und in ein neues ideologisches, sich vermeintlich progressiv gebendes Gewand schlüpfen. Die alte Führung der Araber in Palästina hatte sich durch ihre Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland international nachhaltig diskreditiert (Gensicke 2007; Mallmann/Cüppers 2006). Mit der extremistischen Rhetorik der arabischen Seite und all ihren Drohungen, die Juden wahlweise zu massakrieren oder „ins Meer zu treiben", war es schwierig, auf internationaler Bühne zu reüssieren.

Wollte der palästinensische Nationalismus an Unterstützung gewinnen, musste der eigene Kampf als Teil des internationalen Kampfes gegen den weltweiten Imperialismus und Kolonialismus inszeniert werden. Das taten nicht nur Gruppen wie die PFLP oder die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP), die ohnehin der einen oder anderen Ausprägung marxistischer Ideologie anhingen, sondern auch die Fatah von Jassir Arafat, die sich zur einflussreichsten Organisation im Rahmen der PLO entwickelte. Kontakte wurden nach Algerien, Vietnam, China oder Kuba geknüpft. Im Januar 1969 erklärte das Fatah-Zentralkomitee: „Der Kampf des palästinensischen Volkes ist, wie der des vietnamesischen Volkes oder der anderer Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika, Bestandteil des historischen Prozesses der Befreiung der unterdrückten Völker von Kolonialismus und Imperialismus." (Zit. n. Muravchik 2014: 29)

Statt zu fordern, „die Juden ins Meer zu treiben", hieß es jetzt, man kämpfe für „die Freundschaft der Völker". Das klang harmlos, ja geradezu fortschrittlich, beinhaltete aber ein Problem: Die Juden waren aus Sicht der PLO kein Volk. So hieß es in Artikel 20 der PLO-Charta, dass das „Juden-

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tum nur eine Religion und nicht eine unabhängige Nationalität" sei. „Die Juden stellen nicht ein einzelnes Volk mit eigener Identität dar, sondern sind Bürger der Staaten, denen sie angehören." Ansprüche der Juden auf „historische oder religiöse Bindungen mit Palästina" seien „unvereinbar mit den geschichtlichen Tatsachen" (zit. n. Harkabi 1980: 142).

Da Juden für die PLO kein Volk mit eigener Identität waren, hatten sie auch kein Anrecht auf einen eigenen Staat. Israel sei daher kein richtiger Staat, sondern, wie es in der israelfeindlichen Propaganda oftmals hieß, nur ein „künstliches Gebilde". Der PLO zufolge hatten zwar alle Völker gleiche Rechte, nur waren die Juden eben kein Volk, die deswegen selbstverständlich auch keinen Anspruch auf einen Staat haben konnten – und erst recht keinen in „Palästina", zu dem sie ja laut PLO keinerlei Beziehung hatten.

Auch wenn sich von der Substanz her nicht viel verändert hatte, war die Neuvermarktung des arabischen Krieges gegen Israel als „palästinensischer Befreiungskampf" ein voller Erfolg. Das Palästinensertuch wurde zum politischen Mode-Accessoire; die palästinensischen Organisationen beflügelten die Revolutionsfantasien westlicher Linker, von denen einige in den Nahen Osten zogen, um sich in palästinensischen Ausbildungslagern auf den Kampf gegen den Weltimperialismus vorzubereiten, und dort gelegentlich auf Nazis trafen, die sich in denselben palästinensischen Camps zu Terroristen ausbilden ließen.

Terrorismus war es denn auch, der den Aufstieg der PLO bei den Vereinten Nationen einläutete. Nachdem 1967 der Versuch palästinensischer Gruppierungen kläglich gescheitert war, in den von Israel besetzten Gebieten einen klassischen Guerillakrieg zu initiieren, war es die PFLP, die als erste palästinensische Gruppe auf spektakulären internationalen Terror setzte. PFLP-Chef George Habasch erläuterte den Hintergedanken folgendermaßen:

> Wir glauben, dass es mehr Effekt erzielt, einen Juden weit entfernt umzubringen, als 100 von ihnen im Kampf zu töten – es erregt mehr Aufmerksamkeit. Und wenn wir ein Geschäft in London in Brand setzen, sind diese Flammen so viel wert wie das Niederbrennen von zwei Dutzend Kibbuzim, weil wir die Menschen dazu zwingen, danach zu fragen, was hier los ist. (Zit. n. Merari/Elad 1986: 18f.)[2]

2 Die PFLP beteuerte, dass Habasch nicht von „Juden", sondern von „Zionisten" gesprochen habe, doch konnte anhand der Tonbandaufnahme das Gegenteil belegt werden.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Schnell sprangen andere palästinensische Gruppierungen auf diesen Zug auf, sodass Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre kaum eine Woche verging, in der nicht ein weiterer palästinensischer Terrorakt für Schlagzeilen sorgte.

Bei den Vereinten Nationen kristallisierte sich im Umgang mit dem palästinensischen Terrorismus rasch ein Muster heraus. Am 26. Dezember 1968 attackierten mit Brandbomben und Maschinenpistolen bewaffnete palästinensische Terroristen eine El Al-Maschine am Flughafen von Athen, ein Israeli wurde getötet und eine Stewardess schwer verletzt, als sie aus dem brennenden Flugzeug flüchten wollte (Mickolus 1980: 105f.). Als Reaktion auf den Athener Anschlag sprengten israelische Kommandos auf dem Flughafen von Beirut 13 Flugzeuge, die drei verschiedenen arabischen Fluglinien gehörten (ebd: 106). In einem Kommuniqué erklärte die israelische Regierung, Israel wolle die arabischen Staaten in die Verantwortung nehmen, keine Aktivitäten von Terrororganisationen auf ihren Staatsgebieten zuzulassen.

Bei den Vereinten Nationen reagierte der Sicherheitsrat mit der einstimmigen Verabschiedung einer scharf formulierten Resolution. Der Rat verurteilte Israel für seine „vorsätzliche militärische Aktion, die eine Verletzung seiner Verpflichtungen gemäß der [UN-]Charta und der Waffenstillstandsresolutionen" darstelle. Er betrachtete „diese vorsätzliche Gewalttat als eine Gefährdung der Aufrechterhaltung des Friedens", richtete eine „ernste Warnung an Israel", der zufolge weitere derartige Aktionen Konsequenzen zeitigen würden, und meinte, der Libanon habe ein Anrecht auf Entschädigung für die erlittenen Zerstörungen (United Nations Security Council 1968).

Israel wurde scharf für eine Aktion verurteilt, über deren Weisheit und Legitimität man sicherlich unterschiedlicher Meinung sein konnte, bei der aber abgesehen von den gesprengten Flugzeugen nichts und niemand zu Schaden kam. Der Terrorangriff auf das israelische Passagierflugzeug in Athen hingegen, bei dem ein Mensch ermordet und ein weiterer schwer verletzt wurde, wurde von den Vereinten Nationen nicht verurteilt, ja nicht einmal erwähnt.

Dieses Muster sollte den Umgang der Vereinten Nationen mit antiisraelischem Terrorismus in den kommenden Jahren charakterisieren: Tödliche palästinensische Attacken wurden ignoriert, israelische Verteidigungsmaß-

---

Später gestand Habasch ein, „Juden" gesagt zu haben, er wollte aber „Zionisten" gemeint haben (Lubet 2019).

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nahmen oder Vergeltungsschläge dagegen als Gefährdung der internationalen Sicherheit verurteilt.

Kein Wunder, dass die palästinensischen Terrororganisationen mit den Ergebnissen ihrer internationalen Aktionen vollauf zufrieden waren, zumal westliche Staaten aus Angst vor Terroranschlägen kaum gegen palästinensische Terroristen vorgingen und diese, wenn sie denn einmal eingesperrt wurden, möglichst rasch wieder loswerden wollten. Die Zahlen einer Studie des israelischen Außenministeriums belegten dies eindrucksvoll: Von den 204 palästinensischen Terroristen, die zwischen 1968 und 1975 außerhalb des Nahen Ostens inhaftiert wurden, befanden sich zum Jahresende 1975 noch ganze drei in Haft (Merari/Elad 1986: 87f.). Die palästinensischen Terrorgruppen mussten dies geradezu als Einladung zur Durchführung weiterer Terroranschläge verstehen.

Mit ihren internationalen Terroranschlägen bombte und schoss sich die PLO in die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit – und erntete die Sympathien und Unterstützung der Vereinten Nationen. 1969 verabschiedete die UNO-Generalversammlung eine Resolution, in der „die unveräußerlichen Rechte des Volks von Palästina […] bestätigt" (United Nations General Assembly 1969) wurden – Rechte, die in dieser Form zuvor nirgends proklamiert worden waren und deren Inhalt unbestimmt blieb. Rund ein Jahr später betonte die UN-Generalversammlung in einer Resolution die „Legitimität des Kampfes der kolonisierten Völker und der Völker unter Fremdherrschaft" und bekannte sich zu deren Recht, „alle notwendigen und ihnen zur Verfügung stehenden Mittel" im Kampf um Selbstbestimmung einzusetzen (United Nations General Assembly 1970). Die palästinensischen Organisationen verstanden das als Blankovollmacht für ihre Gewalttaten. Nicht, dass sie vorher von der Ermordung Unschuldiger abgesehen hätten, aber nun beriefen sie sich darauf, als „Volk unter Fremdherrschaft" alle Mittel einsetzen zu dürfen, selbst wenn das die wahllose Ermordung von Zivilisten bedeutete.

In rascher Abfolge folgte daraufhin die Aufnahme der PLO als Beobachter bei etlichen UN-Institutionen wie dem Wirtschafts- und Sozialrat, der Weltbevölkerungskonferenz, der Welternährungskonferenz, der Weltgesundheitsorganisation und der ersten Weltfrauenkonferenz – die mit einer Erklärung zur Rolle der Frauen u. a. im Kampf für die Eliminierung des Zionismus zu Ende ging (Manor 1996: 10). Die PLO erhielt auch Zugang zur Internationalen Zivilluftfahrtorganisation – womit ausgerechnet jene Organisation, welche die Geschichte der modernen Luftpiraterie geprägt hat wie keine andere, in der Sonderorganisation der Vereinten Nationen

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

vertreten war, die sich um die Sicherheit der zivilen Luftfahrt kümmern sollte.

Wenige Jahre zuvor war die PLO noch ein im internationalen Abseits stehender Dachverband verschiedener palästinensischer Terrororganisationen gewesen, jetzt trat sie als Befreiungsorganisation auf, die sich nur der Mittel bediente, die ihr laut „internationalem Recht" angeblich zustanden, auch wenn dieses vermeintliche „internationale Recht" in wenig mehr bestand als einigen rechtlich nicht bindenden Resolutionen der UNO-Generalversammlung.

Arafats Rede vor der Generalversammlung

Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung stellte zweifellos die Einladung Arafats zu einer Rede in der Generalversammlung in New York dar, nur etwas mehr als zwei Jahre nach dem blutigen Terrorangriff auf die Olympischen Spiele in München durch die Terrorgruppe Schwarzer September, die hauptsächlich aus Leuten aus den Reihen von Arafats Fatah bestand. Begleitet wurde Arafat zu seiner Rede in New York von Ali Hassan Salameh, einem der wichtigsten Köpfe des Schwarzen September, der zu den Drahtziehern des Anschlags von München gehört hatte.

Arafats Rede vor der Generalversammlung 1974 war eine Mischung aus Geschichtsklitterung, sich progressiv gebender Propaganda, wüsten Angriffen auf den Zionismus und dem Bekenntnis zum bewaffneten Kampf. Arafat unternahm nicht einmal den Versuch, sich von den Gewalttaten der palästinensischen Gruppierungen zu distanzieren, sondern bestritt lediglich, dass es sich dabei um Terrorismus handle:

> Der Unterschied zwischen dem Revolutionär und dem Terroristen ist der Grund, für den er kämpft. Wer immer für eine gerechte Sache einsteht sowie für die Freiheit und die Befreiung seines Landes von den Invasoren, Siedlern und Kolonialisten kämpft, kann unmöglich als Terrorist bezeichnet werden. (Palestine at the United Nations 1975: 187)

So konnte Arafat noch die barbarischsten Bluttaten palästinensischer Terroristen als Aktionen im Rahmen eines Befreiungskampfes legitimieren. Israel sei dagegen sehr wohl terroristisch, darüber hinaus sei der Zionismus „imperialistisch, kolonialistisch, rassistisch, abgrundtief reaktionär und diskriminierend" (ebd.: 184), und Israel halte Palästinenser in „Konzentrationslagern" (ebd.: 190).

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Arafat beendete seine fast zweistündige Rede, indem er der Generalversammlung ausrichtete: „Heute bin ich zu Euch gekommen, einen Olivenzweig und die Waffe eines Freiheitskämpfers tragend. Lasst nicht den Olivenzweig aus meiner Hand fallen" (ebd.: 192) – eine für Arafats Verhältnisse geradezu subtile Drohung mit fortgesetzter Gewalt, sollte die Welt sich nicht vorbehaltlos hinter die PLO stellen. Die Generalversammlung quittierte die Ansprache mit jubelndem Applaus und Standing Ovations.

Die darauffolgende Debatte über das Palästina-Problem dauerte neun Tage, in denen ein Land nach dem anderen Israel an den Pranger stellte und Arafat pries. Von den 81 Staaten, die sich in der Debatte zu Wort meldeten, sprachen sich 61 gegen Israel und für die PLO aus. Für Bangladesch war Arafats Rede „inspirierend", Somalia fand sie „berührend", der Niger „bewegend". Polen erachtete Arafats Worte als „sehr wichtiges und nützliches Statement", Madagaskar lobte deren „moderaten und versöhnlichen" Tonfall. Tunesien pries die „Aufgeschlossenheit, die Vornehmheit und die Toleranz", welche die Rede des PLO-Chefs ausgezeichnet hätten, Mauretanien zeigte sich beeindruckt von der „extremen Mäßigung, die niemandem verborgen geblieben sein konnte". Der Botschafter Bulgariens ließ das Auditorium wissen, warum die Juden im Holocaust das Opfer ihres Anspruchs wurden, das „auserwählte Volk" zu sein (zit. n. Schoenberg 1989: 64f.).

Zum Abschluss ihrer Palästina-Debatte verabschiedete die Generalversammlung Resolutionen, mit denen sie sich praktisch das PLO-Programm zu eigen machte. Resolution 3236 etwa bestätigte die „unveräußerlichen Rechte" der Palästinenser auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit und Souveränität. Sie propagierte darüber hinaus das „unveräußerliche Recht der Palästinenser auf Rückkehr" und betonte, dass die „Realisierung" dieser Rechte „unabdingbar für die Lösung der Palästina-Frage" sei. Alle Staaten der Welt wurden aufgerufen, das „palästinensische Volk im Kampf um die Wiederherstellung seiner Rechte" zu unterstützen, der UN-Generalsekretär solle Kontakte zur PLO aufbauen (United Nations General Assembly 1974a). Israelische Rechte wurden in der Resolution nicht erwähnt. Die Zeit, in der UNO-Beschlüsse das israelische Existenzrecht betonten, war vorbei. Die Resolution wurde mit 89 Ja- zu acht Nein-Stimmen (bei 37 Enthaltungen) angenommen. Die sogenannte internationale Gemeinschaft wurde auf diesem Wege von der UNO-Generalversammlung hochoffiziell aufgefordert, einer Terrororganisation in deren Kampf für die Vernichtung eines Mitglieds der Vereinten Nationen jede nur erdenkliche Unterstützung zukommen zu lassen.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Am 29. November 1974, also ausgerechnet am Jahrestag des Beschlusses der Teilungsresolution von 1947, wurde Resolution 3246 angenommen, in der die „Legitimität des Kampfes der Völker für Befreiung […] mit allen vorhandenen Mitteln, inklusive bewaffnetem Kampf" (United Nations General Assembly 1974b) betont wurde. 29 Jahre nachdem die Vereinten Nationen gegründet worden waren, um den Frieden zu erhalten und zu friedlicher Konfliktlösung beizutragen, proklamierten sie nun die Legitimität des bewaffneten Kampfes zur Zerstörung eines UNO-Mitgliedsstaates.

Es folgte ein massiver Anstieg der Zahl blutiger palästinensischer Terroranschläge gegen Israel, bei denen sich stets das bereits bestens eingespielte Muster wiederholte: Betont wurden Rechte der Palästinenser, Israel wurde an den Pranger gestellt. Der amerikanische Historiker Jeffrey Herf bringt die Situation auf den Punkt, wenn er schreibt, die UNO fungierte in dieser Zeit praktisch als „diplomatischer Arm der PLO-Terrorkampagne gegen Israel" (Herf 2016: 394).

„Zionismus ist Rassismus"

Die routinemäßigen Verurteilungen israelischer Handlungen waren einigen UNO-Mitgliedern zu wenig, konzentrierten sie sich doch darauf, schon die bloße Existenz Israels per UNO-Resolution zu einem Verbrechen zu erklären. So brachte Somalia im Oktober 1975 einen Entwurf ein, deren operativer Teil aus einem einzigen Satz bestand: Die UNO-Generalversammlung stelle fest, „dass der Zionismus eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung ist" (zit. n. Manor 1996: 20).

Die Zeit bis zur Annahme als Resolution 3379 durch die UN-Generalversammlung im November 1975 war eine Phase intensiven diplomatischen Gezerres, von Vorschlägen und Gegenvorschlägen, Bestechungsversuchen und blanken Drohungen. Vertreter afrikanischer Staaten sprachen israelischen Diplomaten gegenüber von „unaushaltbarem Druck", der von arabischer Seite auf sie ausgeübt worden sei (ebd.: 27f.).

In der Debatte im dritten Hauptausschuss im Oktober 1975 gaben die Delegierten von neun arabischen Staaten die bereits hinlänglich bekannte antiisraelische Propaganda zum Besten, die vom PLO-Vertreter auf die Spitze getrieben wurde, der behauptete, die Zionisten würden versuchen, das palästinensische Volk auszulöschen (Troy 2013: 120). Der amerikanische Delegierte Leonard Garment erklärte, dass die Vereinten Nationen gerade im Begriff seien, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Rassismus

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

„eine der ältesten und virulentesten Formen des Rassismus zu befürworten", den Antisemitismus (zit. n. Moynihan 1979: 182).

Israels Botschafter Chaim Herzog kritisierte die arabischen Staaten und die Unterstützer der Resolution scharf:

> Hier ist ein kleines Land, mit einer Bevölkerung von drei Millionen, ein freies, demokratisches Land, […] und dieses Land wird Stunde um Stunde von Ländern an den Pranger gestellt, deren Regime Rassismus praktizieren […]. Warum wird nicht der praktizierte Rassismus jener Staaten untersucht, die hier so ausgiebig sprechen? Warum wird der kleine jüdische Staat ausgewählt? Ich denke, weil er jüdisch und klein ist. (Zit. n. ebd.: 184)

Ein britischer Journalist, der die Diskussion verfolgte, beschrieb die Stimmung im Plenarsaal folgendermaßen:

> Der dritte Hauptausschuss wurde an diesem Tag von Geistern verfolgt: die Geister von Hitler, Goebbels und Julius Streicher, grinsend vor Freude darüber, dass nicht nur Israel, sondern die Juden als solche in einer Sprache verurteilt wurden, die auf jedem Reichsparteitag in Nürnberg hysterischen Applaus geerntet hätte und mit einer Sonderausgabe des ‚Stürmer' bedacht worden wäre. (Zit. n. Manor 1996: 21f.)

70 Länder stimmten für den Resolutionsentwurf, 29 dagegen, 27 enthielten sich. Er wurde zur Abstimmung an die UN-Generalversammlung weitergereicht und am 10. November wurde über Resolution 3379 und deren einzige Bestimmung – Zionismus sei eine Form von Rassismus – abgestimmt. Das Ergebnis: 72 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen (United Nations General Assembly 1975b). Es sollte sechzehn Jahre dauern, bis Resolution 3379 von genau jener Institution widerrufen wurde, die sie einst verabschiedet hatte. Möglich wurde dies durch den Zusammenbruch des Ostblocks und die grundlegende Änderung der politischen Verhältnisse in den ehemals realsozialistischen Staaten, die vielfach ein grundsätzliches Überdenken der Haltung zu Israel zur Folge hatte.

Der Untergang des Sowjet-Blocks, der damals vielfach als unumkehrbar betrachtete Demokratisierungsschub in weiten Teilen der Welt, der relative Bedeutungsverlust der sogenannten Dritten Welt und die bis dato unvergleichliche Dominanz der USA auf der weltpolitischen Ebene schufen eine Konstellation, in der eine Aufhebung von Resolution 3379 möglich wurde. Wie außergewöhnlich der Widerruf von Resolution 3379 war, zeigt sich daran, dass es erst das zweite Mal in der Geschichte der UNO (und das

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

erste Mal seit 1950) war, dass die Generalversammlung eine ihrer eigenen Resolutionen aufhob.

Neuer Antisemitismus – oder doch nicht?

Seit einigen Jahren wird über die Existenz eines „neuen Antisemitismus" diskutiert. Im Zentrum stehen dabei die Fragen, wo „legitime Kritik israelischer Politik aufhört und eine antisemitisch motivierte Ablehnung der Existenz Israels" beginne, ob die linke Ablehnung Israels in Form des Antizionismus „antisemitisch grundiert" sei und wie weitverbreitet Antisemitismus in der islamischen Welt ist (Rabinovici/Speck/Sznaider 2004: 9f.). Träger des „neuen Antisemitismus" seien vor allem „islamistische Kräfte" und „Teile der weltweiten Linken" (ebd.: 8).

Auf globaler Ebene waren es lange zuvor schon die antiwestlich ausgerichteten Staaten der sogenannten Dritten Welt, der Ostblock und die arabischen und islamischen Länder, die Israel unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Imperialismus, für nationale Befreiung und gegen Rassismus die Lebensberechtigung absprachen und den jüdischen Staat auf der Bühne der Vereinten Nationen frontal angriffen. Der „neue Antisemitismus", über den seit der Zweiten Intifada Anfang der 2000er Jahre diskutiert wird, erweist sich als alles andere als neu – bei den Vereinten Nationen bestimmt er spätestens seit Mitte der 1970er Jahre das Geschehen.

Einer, der das früh auf den Punkt gebracht hat, war der Historiker Jacob Talmon. Mit Resolution 3379, schrieb er ein Jahr später, ist Israel „zum alten jüdischen Geächteten geworden, zum Außenseiter, zum kollektiven Juden der Nationen. Ein Paria-Volk hat gewissermaßen einen Paria-Staat gegründet." (Talmon 1976: 21) Der Titel der damals von Talmon in *The New Republic* verfassten Analyse lautete: „Der neue Antisemitismus".

Infrastruktur des Israelhasses

Am selben Tag wie Resolution 3379 wurde auch Resolution 3376 verabschiedet, in der die im Jahr zuvor verabschiedete Resolution 3236 bekräftigt wurde, mit der sich die UN-Generalversammlung de facto hinter das Programm der PLO gestellt hatte und das „Komitee für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes" („Committee on the Exercise of the Inalienable Rights of the Palestinian People", CEIRPP)

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ins Leben gerufen wurde. Das CEIRPP sollte dem Sicherheitsrat einen Bericht über und praktische Vorschläge für die Umsetzung der ‚unveräußerlichen Rechte' der Palästinenser vorlegen (United Nations General Assembly 1976a). Eine Woche später wurden die zwanzig Mitglieder des Komitees ernannt, unter denen sich keine einzige westliche Demokratie befand und von denen 16 keine diplomatischen Beziehungen zu Israel hatten. Nur zwei der Mitglieder (Rumänien und Sierra Leone) hatten nicht für die ‚Zionismus-ist-Rassismus'-Resolution votiert (Schoenberg 1989: 113). Das CEIRPP existiert bis heute und bildet den Kern der antiisraelischen Infrastruktur der Vereinten Nationen.

Zwei Jahre nach der Gründung des CEIRPP beschloss die Generalversammlung in einer weiteren Resolution die Schaffung einer Spezialabteilung für palästinensische Rechte innerhalb des UN-Sekretariats. Diese sollte unter der Leitung des CEIRPP u. a. jährlich am 29. November, dem Jahrestag der Verabschiedung der UN-Teilungsresolution, einen „internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk" organisieren (United Nations General Assembly 1977).

Die Schaffung dieser Abteilung, die bis heute unter dem Namen „Division für palästinensische Rechte" in der Hauptabteilung für politische Angelegenheiten angesiedelt ist, bedeutete praktisch kaum anderes als die Einrichtung eines PLO-Propagandastabs im Sekretariat der Vereinten Nationen. Zwanzig UN-Mitglieder, darunter die USA und andere westliche Demokratien, stimmten gegen die Schaffung der Spezialabteilung für palästinensische Rechte, weil sie die Unparteilichkeit des UN-Sekretariats gefährdet sahen. Wie begründet diese Befürchtung war, bestätigte ein Mitarbeiter der Abteilung, der erklärte, im PLO-Programm sei nichts zu finden, was er und seine Kollegen nicht vollauf unterstützen würden (Schoenberg 1989: 128).

In weiterer Folge entstanden – zusätzlich zu bereits seit Jahrzehnten bestehenden UNO-Einrichtungen, die sich gänzlich den Palästinensern verschrieben haben, wie dem „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten" (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East/UNRWA) – Dutzende Unterorganisationen, die ausschließlich das palästinensische Narrativ vertreten und israelfeindliche Agitation betreiben. Doch Israelfeindschaft wird bei den Vereinten Nationen nicht nur von spezialisierten Unterorganisationen propagiert, sondern auch von Institutionen, die zu ganz anderen Themen arbeiteten oder in denen Israel bzw. die Palästinenser höchsten eine unge-

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ordnete Rolle spielen sollten. Ein besonders eklatantes Beispiel dafür ist der UNO-Menschenrechtsrat.

Unter dem Deckmantel des Menschenrechtsschutzes

Der heutige UNO-Menschenrechtsrat (UNHRC) existiert erst seit 2006. Seine Gründung war das Ergebnis einer Notbremsung, welche die Vereinten Nationen bei seinem Vorgänger vollzogen hatten: Die bereits 1946 ins Leben gerufene UNO-Menschenrechtskommission hatte sich im Laufe der Jahre mit ihrer Einseitigkeit – nicht nur, aber auch – in Sachen Israel so restlos diskreditiert, dass nur mehr ihre Abschaffung geeignet schien, den letzten Rest an Glaubwürdigkeit beim Menschenrechtsschutz zu erhalten. Eine von Generalsekretär Kofi Annan eingesetzte Arbeitsgruppe war zu dem ernüchternden Ergebnis gekommen, dass die Menschenrechtskommission unter einem so ausgeprägten „Legitimitätsdefizit" litt, dass „sie den Ruf der Vereinten Nationen insgesamt in Frage stellt" (zit. n. Müller 2006: 162).

Der Menschenrechtsrat setzt sich aus 47 Mitgliedern zusammen, die periodisch wechseln und nach einem Regionalschlüssel für jeweils drei Jahre gewählt werden. Demokratische, freie Staaten sind darin klar in der Minderheit, stattdessen finden sich in seinen Reihen immer Länder, in denen Menschenrechte systematisch mit Füßen getreten werden. Im Januar 2025 gehörten ihm Algerien, Burundi, China, die Elfenbeinküste, Katar, die Demokratische Republik Kongo, Kuba, Kuwait und der Sudan an.

Die autoritären Staaten und Diktaturen nutzen den UNHRC, um gegenseitig ihre eigenen Menschenrechtsverletzungen zu decken und dafür zu sorgen, dass selbst schlimmste Verbrechen unerwähnt bleiben. Steht die Menschenrechtslage im Iran zur Debatte, ergreifen Länder wie China oder Kuba das Wort, um den vorbildlichen Schutz der Menschenrechte und die bedeutenden Fortschritte in Sachen Gleichberechtigung der Geschlechter in der Islamischen Republik zu lobpreisen. Gleichzeitig überschütten die unfreien Länder westliche Staaten regelmäßig mit Vorwürfen über angeblich fürchterliche menschenrechtliche Zustände, wobei „Islamophobie" und „Rassismus" zu den bevorzugten Anklagen gehören. Statt einer Institution zum Schutz der Menschenrechte ist der UNHRC eine Bühne für die Simulation von Menschenrechtsengagement von Diktaturen aller Art, die den Westen an den Pranger stellen.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Dabei steht kein anderes Land so sehr im Zentrum der Verdammung des UNHRC wie Israel. Die NGO UN Watch wertet die Resolutionen aus, mit denen der Rat einzelne Länder verurteilt hat. Das Ergebnis ist eindeutig: Von seiner Gründung 2006 bis heute richteten sich 108 Resolutionen des Menschenrechtsrats gegen Israel, weit mehr als gegen alle anderen Länder. Der jüdische Staat begehe demnach mehr und gravierendere Menschenrechtsverletzungen als der Rest der Welt zusammen. Mit großem Abstand folgen in dem Ranking Syrien (45 Verurteilungen), Nordkorea (17 Verurteilungen) und der Iran (15 Verurteilungen) (UN Watch 2025). In den ersten zehn Jahren seines Bestehens wurden Länder wie Afghanistan oder Pakistan vom UNHRC kein einziges Mal explizit verurteilt, bis heute gibt es keine einzige Verurteilung Chinas oder Saudi-Arabiens.

Die ständige Tagesordnung des Rats umfasst zehn Punkte. Neun davon sind allgemein gehalten und auf kein bestimmtes Land bezogen. Die einzige Ausnahme stellt „Item 7" dar: Bei ihm geht es um die „Menschenrechtslage in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten". Nicht darunter fallen Menschenrechtsverletzungen, die Palästinenser gegen andere Palästinenser oder gegen Israelis begehen; behandelt werden ausschließlich (angebliche) israelische Vergehen gegen Palästinenser – und das obligatorisch auf jeder der drei jährlich stattfindenden regulären Sitzungen des Menschenrechtsrats (United Nations Human Rights Council 2025a).

Es gibt nichts Vergleichbares für ein anderes Land oder einen anderen Konflikt auf der Welt. Menschenrechtsverstöße in sämtlichen anderen Ländern werden unter Tagesordnungspunkt 4 gemeinsam behandelt, einzig israelische Verstöße verdienen für den Menschenrechtsrat gesonderte Aufmerksamkeit.

Der UNHRC setzt immer wieder spezielle Untersuchungskommissionen ein, um Israel noch weiter unter Druck zu setzen. So geschehen nach dem Gaza-Krieg zum Jahreswechsel 2008/2009, als der Rat eine „Fact Finding Mission" unter Vorsitz des südafrikanischen Richters und ehemaligen Chefanklägers der UNO-Kriegsverbrechertribunale für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda, Richard Goldstone, einsetze. Diese legte im September 2009 den sogenannten Goldstone-Report vor, ein höchst einseitiger Bericht, in dem Israel zahlreiche Kriegsverbrechen vorgeworfen wurden, während tatsächliche Verbrechen der Hamas in Abrede gestellt wurden.[3] Eineinhalb Jahre später und nachdem der Bericht von Israelfeinden begeis-

3 Siehe zum Goldstone Report und zur Kritik daran Feuerherdt/Markl (2018: 203–210) sowie Gold (2009).

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

tert begrüßt worden war, nahm Goldstone zentrale Vorwürfe gegen Israel wieder zurück. Den Verfassern des Reports hätten wesentliche Informationen gefehlt: „Wenn ich damals gewusst hätte, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht ein anderes Dokument geworden", schrieb er in der *Washington Post* (Goldstone 2011).

Unter den vom UNHRC eingesetzten antiisraelischen Untersuchungskommissionen sticht die im Mai 2021 ins Leben gerufene „Unabhängige internationale Untersuchungskommission für die besetzten palästinensischen Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalem, und Israel" hervor. Im Gegensatz zu allen anderen Kommissionen, die anlassbezogen und zeitlich begrenzt arbeiten, soll dieses Gremium unbefristet gegen den jüdischen Staat ermitteln, um „alle zugrundeliegenden Ursachen für wiederkehrende Spannungen, Instabilität und die Fortdauer des Konflikts" zwischen Israel und den Palästinensern zu untersuchen, „einschließlich systematischer Diskriminierung und Unterdrückung aufgrund der nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Identität" (United Nations Human Rights Council 2025b).

Dass dabei nicht einmal der Anschein von Unabhängigkeit, Ausgewogenheit und Objektivität aufkommt, stellten sowohl die höchst einseitige und klar vorverurteilende Resolution, mit der die Kommission gegründet wurde (Human Rights Council 2024) als auch die Personalauswahl sicher: Als Leiterin wurde die Südafrikanerin Navanethem „Navi" Pillay eingesetzt, die in ihrer Zeit als Hohe Kommissarin für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen von 2008 bis 2014 ihre antiisraelische Voreingenommenheit unter Beweis gestellt hatte. Ihr zur Seite steht mit dem Inder Miloon Kothari ein Mann, der die palästinensischen Selbstmordattentate während der Zweiten Intifada einst als Akte des „Widerstands" verklärte und Israel „ethnische Säuberungen" vorwarf. Nach seiner Berufung in die ständige Untersuchungskommission fragte er, warum das Land noch Mitglied der Vereinten Nationen sein dürfe. „Sehr enttäuscht" zeigte er sich „über die sozialen Medien, die größtenteils von der jüdischen Lobby oder bestimmten Nichtregierungsorganisationen kontrolliert werden" (Markl 2022).

Selbst der damalige Präsident des UNHRC musste eingestehen, dass Kotharis Äußerung als „Stigmatisierung des jüdischen Volkes interpretiert" werden könne. Pillay hatte mit dem antisemitischen Geraune ihres Kommissionskollegen kein Problem. Seine Aussagen seien „bewusst aus dem Kontext gerissen" worden – auch wenn der Tonbandmitschnitt des Interviews das Gegenteil beweist. Kothari verweilt in Amt und Würden (Feuerherdt 2022), und die Kommission tut, was ihr inoffizieller Auftrag ist: einen antiisraelischen Bericht nach dem anderen veröffentlichen.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Personalien wie jene Pillays, Kotharis oder jene der 2022 eingesetzten „Sonderberichterstatterin für die seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete", der Italienerin Francesca Albanese, die sich vor und nach 10/7 durch ihre antiisraelischen Ausfälle hervorgetan hat, verdeutlichen ein immer wiederkehrendes Muster. Während überall sonst offensichtliche Voreingenommenheit und Befangenheit bei Jobbewerbungen einen Ausschließungsgrund darstellen, ist bei den Vereinten Nationen das Gegenteil der Fall, sobald es um Israel geht: Hier sind offensichtlich Voreingenommenheit und Befangenheit die Voraussetzung dafür, Jobs wie jene Pillays, Kotharis oder Albaneses zu bekommen.

Die Liste an möglichen Beispielen für die absurde Art und Weise, wie Israel bei den Vereinten Nationen ausgesondert oder an den Pranger gestellt wird, ist nahezu endlos, aber sie wäre die stets gleiche Wiederholung ein und desselben Befundes: Bei der UNO herrscht eine institutionelle Diskriminierung und Dämonisierung Israels, die weit mehr ist als bloß die Summe israelfeindlicher Resolutionen einer quasi-automatischen antiisraelischen Mehrheit unter den Mitgliedsstaaten.

Diese Diskriminierung wird auch von den europäischen Staaten oft mitgetragen oder zumindest geduldet, sei es um des Appeasements gegenüber Israels Feinden willen, sei es aus originär antizionistischem Antrieb, sei es aus ökonomischem Interesse oder anderen Gründen. Klar ist aber: Israel wird bei den Vereinten Nationen tatsächlich als der „kollektive Jude der Nationen" (Talmon 1976: 21) behandelt, wie Jacob Talmon es bereits in den 1970er Jahren konstatierte. Eine Entscheidung wie der Teilungsvorschlag von 1947, der einer der Grundlagen für die spätere Ausrufung des Staates Israel war, wäre heute jedenfalls nicht mehr denkbar. Heute wird die UNO vor allem dazu beansprucht, den jüdischen Staat zu dämonisieren und zu delegitimieren, seine Selbstverteidigung zu kriminalisieren und ihn politisch zu isolieren.

Dank den USA fasst der Sicherheitsrat zwar normalerweise keine rechtsverbindlichen Beschlüsse gegen die Interessen des jüdischen Staates, aber in vielen anderen Gremien sorgen die permanenten, absurden Verurteilungen dafür, dass Israel zum Paria geworden ist.

Nach dem 7. Oktober

Das Verhalten der Vereinten Nationen und ihrer Vertreter nach dem Hamas-Massaker am 7. Oktober 2023 in Israel mag vielen die groteske Ein-

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

seitigkeit der Organisation vor Augen geführt haben wie nie zuvor, sie war aber alles andere als neu, und sie folgte jahrzehntealten, bestens eingespielten Mustern. Den Anfang machte UNO-Generalsekretär António Guterres, der am 24. Oktober 2023 vor dem Sicherheitsrat zunächst den Hamas-Terror gegen Israel verurteilte: „Nichts kann die vorsätzliche Tötung, Verletzung und Entführung von Zivilisten rechtfertigen – oder den Abschuss von Raketen auf zivile Ziele" (Guterres 2023a). Darüber hinaus forderte Guterres auch die Freilassung der israelischen Geiseln, die in den Gazastreifen verschleppt worden waren. Doch dann tat er genau das, was nahe an das herankam, was er gerade eben noch für „unmöglich" erklärt hatte. „Es ist wichtig zu erkennen", setzte er fort, „dass die Angriffe der Hamas nicht in einem Vakuum stattfanden. Das palästinensische Volk hat 56 Jahre lang unter einer erdrückenden Besatzung gelitten" (ebd.). Abgesehen davon, dass die Rede von 56 Jahren Besatzung in Bezug auf den Gazastreifen nicht der Realität entsprach, weil Israel sich 2005 komplett aus dem Küstengebiet zurückgezogen hatte, mochte Guterres mit dieser Aussage den Hamas-Terror vielleicht nicht direkt legitimiert haben, aber er stellte ihn in eine klare Abfolge von Grund und Folge, in dem der Terror als Antwort auf angeblich „erdrückende Besatzung" dargestellt wurde.

Immerhin erwähnte der Generalsekretär in seinem Statement die Hamas namentlich – das war deutlich mehr, als etliche andere UNO-Vertreter und -Institutionen seit dem 7. Oktober hinbekommen haben. Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat haben bis heute in nicht einer einzigen Resolution die Hamas namentlich verurteilt.

UNO-Vertreter und -Organisationen übernahmen in öffentlichen Äußerungen immer wieder unhinterfragt Behauptungen und Darstellungen der Hamas, so etwa in zahlreichen Stellungnahmen und Veröffentlichungen über die Opferzahlen im Gazastreifen, die direkt vom dortigen „Gesundheitsministerium" übernommen wurden, obwohl dieses kaum etwas anderes war als ein Organ der Hamas und in den Zahlen zwischen zivilen Opfern und getöteten Kombattanten nicht unterschieden wurde.

Offensichtliche Propagandalügen der Hamas wurden von UNO-Vertretern verbreitet. So etwa, als sich am 17. Oktober 2023 eine Explosion beim al-Ahli-Krankenhaus im Norden des Gazastreifens ereignete. Sofort verbreitete das Hamas-„Gesundheitsministerium" die Behauptung, eine israelische Rakete sei in das Gebäude eingeschlagen und habe beinahe 500 Zivilisten getötet. UNO-Generalsekretär Guterres griff die Behauptung sofort auf und postete auf X: „Ich bin entsetzt über die Tötung von Hunderten von palästinensischen Zivilisten bei einem Angriff auf ein Krankenhaus in

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gaza, den ich auf das Schärfste verurteile." (Guterres 2023b) Zusätzlich verurteilte er in einer Presseerklärung in einem Atemzug den „Angriff" auf das al-Ahli-Krankenhaus und einen Luftschlag gegen eine UNRWA-Einrichtung (United Nations Meetings Coverage and Press Releases 2023). Stets wurde suggeriert, dass Israel für die Attacken verantwortlich gewesen sein muss.

Tatsächlich gab es keinen israelischen Angriff auf das Krankenhaus, sondern eine Rakete, die von der Terrorgruppe Palästinensischer Islamischer Dschihad auf Israel abgefeuert worden war, ist, wie viele andere palästinensische Raketen auch, im Gazastreifen eingeschlagen. Getroffen worden war auch nicht das Krankenhaus, sondern ein Parkplatz davor, und die Zahl von fast 500 Toten war deutlich übertrieben. Guterres war nicht der Einzige, der die Hamas-Lügen über den Angriff verbreitete, auch zahlreiche renommierte Medien taten das, aber das macht die Sache kaum besser: Er hatte Israel für einen Angriff „aufs Schärfste" verurteilt, den dieses schlichtweg nicht durchgeführt hatte.

Israelische Operationen bei oder in Krankenhäusern im Gazastreifen wurden von UNO-Vertretern wortreich als Verletzungen des humanitären Völkerrechts verurteilt, demzufolge es sich bei Krankenhäusern um besonders geschützte Einrichtungen handelt. Am 30. Dezember 2024 kritisierte Tedros Adhanom Ghebreyesus, der Chef der Weltgesundheitsorganisation WHO, israelische Einsätze bei zwei Krankenhäusern und forderte: „Wir wiederholen: Stoppt die Angriffe auf Krankenhäuser." (Euractiv 2024) Tatsächlich hatte Israel nicht Krankenhäuser an sich angegriffen, sondern war gegen Hamas-Terroristen vorgegangen, die diese medizinischen Einrichtungen für militärische Zwecke missbrauchten, so wie sie den ganzen Krieg über schon Krankenhäuser als Waffenlager verwendeten, Einsatzzentralen darin einrichteten und israelische Geiseln darin festhielten. Diese nach internationalem Recht klaren Kriegsverbrechen der Hamas, mit denen sie die Krankenhäuser zu legitimen militärischen Zielen machte, wurden vom WHO-Chef nie explizit verurteilt. Während er und andere UNO-Vertreter über den verbrecherischen Missbrauch von Gesundheitseinrichtungen durch die Hamas schwiegen, prangerten sie Israel an, wenn es gegen Terroristen und deren Infrastruktur in Krankenhäusern vorging.

Ein eigenes Kapitel müsste der UNRWA gewidmet werden, der mit 30.000 Mitarbeitern größten Teilorganisation der Vereinten Nationen, die schon vor dem 7. Oktober 2023 wegen ihrer Durchsetzung mit Hamas-Mitgliedern, ihrer Duldung von israelfeindlicher und terrorverherrlichender Hetze und dem Umstand in der Kritik war, dass ihre Existenz nicht etwa

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Überwindung, sondern ganz im Gegenteil der Aufrechterhaltung des palästinensischen Flüchtlingsproblems dient (Markl 2023).

Als die unmittelbare Beteiligung von UNRWA-Mitarbeitern an dem Hamas-Massaker in Israel und die Verwendung von UNRWA-Einrichtungen durch Hamas-Terroristen nicht mehr zu übersehen waren, beschloss rund ein Dutzend Länder, die Finanzierung der Organisation zu suspendieren. Die UNRWA reagierte mit einem zweistufigen Reinwaschungsprozess, dessen erste Stufe die Einsetzung einer „unabhängigen" Untersuchungskommission war, die einen Bericht vorlegte, welcher der UNRWA bis auf kleine Details im Großen und Ganzen einen Persilschein ausstellte. Angesichts der Auswahl der Mitglieder der Kommission und dem eingeschränkten Arbeitsauftrag, den sie erhielt, bestanden an diesem Ausgang von Anfang an keine Zweifel – die ganze Sache war eine PR-Aktion, deren einziger Zweck die Besänftigung der internationalen Geldgeber war (Markl 2024a).

Dieses Ziel wurde mit der zweiten Stufe des Reinwaschungsprozesses erreicht: der Entlassung von neun UNRWA-Mitarbeitern, bei denen die Beweislast für ihre unmittelbare Mitwirkung am Blutvergießen des 7. Oktober so erdrückend war, dass sie nicht mehr zu halten waren (Markl 2024b). Die neun Entlassungen, die nur die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs sichtbar gemacht haben, erfüllten ihren Zweck: Bis auf die Schweiz und die USA haben alle übrigen Länder die Finanzierung der UNRWA wieder aufgenommen.

Sonderberichterstatterin Albanese

Kaum jemand repräsentiert die Voreingenommenheit und Parteilichkeit der Vereinten Nationen deutlicher als die 2022 vom UNO-Menschenrechtsrat zur „Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten" ernannte Francesca Albanese, bei der von regelrechter Feindschaft zum jüdischen Staat gesprochen werden muss. 2014, schon Jahre vor ihrer Bestellung zur Sonderberichterstatterin, behauptete sie, die USA seien „von der jüdischen Lobby […] unterjocht" worden. Im Zusammenhang mit den tausendfachen terroristischen Raketenangriffen auf Israel aus dem Gazastreifen durch die Hamas und anderer Terrorgruppen erklärte sie, „die Unterdrückten" würden sich „mit den einzigen Mitteln verteidigen, die sie haben (harmlose/wirkungslose Raketen)" (zit. n. Tress 2022).

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Gleich zu Beginn ihrer Arbeit als Sonderberichterstatterin legitimierte sie antiisraelischen Terror mit den Worten: „Die palästinensische Gewalt, die wir erleben, ist unvermeidlich, denn seit 55 Jahren, also seit fast drei Generationen, wird einem Volk das Existenzrecht verweigert." (Zit. n. Neuer 2022) Auf einer im November 2022 ausgerechnet von der Hamas organisierten Konferenz bestätigte sie den Anwesenden: „Sie haben das Recht, sich dieser Besetzung zu widersetzen." (Zit. n. Anti-Defamation League 2024c)

Nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober bestritt sie, dass die Bluttaten etwas mit dem notorischen Antisemitismus der Hamas zu tun gehabt hätten. Als Frankreichs Präsident Emmanuel Macron den 7. Oktober als „größtes antisemitisches Massaker unseres Jahrhunderts" bezeichnete, antwortete Albanese ihm: „‚Das ‚größte antisemitische Massaker unseres Jahrhunderts'? Nein, Herr @EmmanuelMacron. Die Opfer des 7.10. wurden nicht wegen ihres Judentums getötet, sondern als Reaktion auf die Unterdrückung durch Israel." (Zit. n. ebd.)

Das deutsche Außenministerium verurteilte diese Äußerungen in außergewöhnlich undiplomatischen Worten. Den Hamas-Terror „zu rechtfertigen und ihren antisemitischen Charakter zu leugnen, ist entsetzlich. Solche Erklärungen in einer UN-Funktion abzugeben ist eine Schande und widerspricht allem, wofür die Vereinten Nationen stehen" (German Foreign Office 2024).

In den Tagen nach dem Massaker warnte Albanese davor, „unbestätigte Informationen" über Vergewaltigungen durch Hamas-Terroristen zu verbreiten (Albanese 2023a). Nachdem sie auch in den folgenden Monaten keine klaren Worte über die zahlreichen Akte sexualisierter Gewalt der Hamas gefunden hatte, erklärte sie anlässlich des Weltfrauentages am 8. März 2024, ihre Gedanken seien bei den „Frauen und jungen Mädchen in Gaza" und setzte dann fort: „Meine Gedanken sind auch bei den israelischen Frauen, insbesondere bei den Soldatinnen: Was habt ihr getan, was ist aus euch geworden? Ihr Lieben, wenn ihr das begreift, wird euch das für immer verfolgen." (Zit. n. Anti-Defamation League 2024a)

Gleichsetzungen Israels mit dem Nationalsozialismus gehörten seit Langem zum Standardrepertoire von Albaneses israelfeindlicher Agitation, daher war es kaum überraschend, dass sie nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 immer wieder auf dieses klassische Argumentationsmuster des israelbezogenen Antisemitismus zurückgriff. So schrieb sie im Dezember 2023 auf X: „Liebe Europäer, Italiener, Deutsche: nach dem Holocaust sollten wir instinktiv wissen, dass Völkermord mit der Entmenschlichung

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

des Anderen beginnt. Wenn Israels aktueller Angriff auf die Palästinenser nicht unsere starke Reaktion hervorruft, hat uns die dunkelste Seite unserer jüngsten Geschichte nichts gelehrt." (Albanese 2023b)

Im Sommer 2024 war Israels Premier Benjamin Netanjahu zu Gast in Washington. Ein User postete in Bezug darauf auf X zwei Bilder: Eines zeigte Hitler kurz vor seiner Ernennung zum Reichskanzler, auf dem anderen war Netanjahu bei seiner Rede im US-Kongress zu sehen. Überschrieben waren die beiden Fotos mit: „Die Geschichte schaut immer zu." Albanese antwortete auf dieses Hitler und Netanjahu gleichsetzende Posting mit den Worten: „Das ist genau das, was ich heute gedacht habe." (Zit. n. Anti-Defamation League 2024b)

Im Oktober 2024 schrieb Albanese, gerade von den Deutschen (und Italienern) hätte man erwarten müssen, dass sie „an vorderster Front der Opposition gegen den Netanjahu-geführten Angriffs auf den Gazastreifen" stünden, und fuhr fort: „Unsere kollektive Vergesslichkeit gegenüber dem, was vor 100 Jahren zum Expansionsdrang des Dritten Reiches und zum Völkermord an Menschen führte, die nicht der ‚reinen Ethnie' entsprachen, ist irrsinnig. Und sie führt dazu, dass ein weiterer Völkermord verübt wird." (Zit. n. Greenblatt 2024)

Nachdem israelische Truppen im Juli 2024 vier Geiseln befreien konnten, wobei es zu heftigen Gefechten mit palästinensischen Terroristen kam, attestierte Albanese Israel, nicht etwa einen Krieg gegen eine Terrororganisation zu führen, sondern einen Völkermord an den Palästinensern in Gaza begehen zu wollen: „Israel weigerte sich [einen Waffenstillstand zu schließen], um die Zerstörung des Gazastreifens und der Palästinenser als Volk fortzusetzen. Dies ist die Umsetzung einer völkermörderischen Absicht in die Tat. Glasklar." (Albanese 2024a) Zusammen mit anderen UNO-Menschenrechtsexperten warf sie dem jüdischen Staat neben Völkermord auch noch „Domizid, Urbizid, Medizid, kultureller Völkermord und neuerdings auch Ökozid" vor (United Nations Human Rights/Office of the High Commissioner 2024a).

Einen Tag nach Weihnachten 2024 verbreitete Albanese erneut eine Gräuelgeschichte über angeblich von der israelischen Armee begangene Verbrechen, um hinzuzufügen, diese sei „durch und durch VERDORBEN". Ein Follower konnte Albaneses Hinweis nur zustimmen und schrieb: „Es ist nicht überraschend, dass das von den Juden kommt, ihre Grausamkeit kennt keine Grenzen." Und er fügte hinzu: „Juden sind in der Lage, Menschenfleisch zu essen." Wer erwartet hätte, dass Albanese diese offen antisemitische Hetze verurteilt, wurde von ihr eines Besseren belehrt. Anstatt den

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mann unzweideutig zurechtzuweisen, antwortete sie ihm: „Bitte schreiben Sie nicht allen Juden zu, was Israel tut." (Albanese 2024b) Für Albanese essen also nicht alle Juden Menschenfleisch, sondern „nur" die Israelis. Das amerikanische *Commentary Magazine* verlieh ihr daraufhin den Titel „Global Anti-Semitism's Leading Lady" (Mandel 2025).

Dass Albaneses israelfeindliche Agitation selbst für UNO-Maßstäbe ungeheuerlich ist, dürfte im Laufe der Zeit sogar Generalsekretär Guterres klar geworden sein. Gegenüber der damaligen Sonderbeauftragten der Vereinigten Staaten für die Überwachung und Bekämpfung von Antisemitismus, Deborah Lipstadt, die ihn auf die Vielzahl skandalöser und antisemitischer Statements Albaneses angesprochen hatte, soll Guterres diese mehrfach als „furchtbare Person" bezeichnet haben (Tress 2025). Konsequenzen hatte sie bisher aber keine zu fürchten.

Ein letztes Beispiel mag verdeutlichen, wo die Vereinten Nationen im Umgang mit Israel heute angekommen sind. Nach der eingangs erwähnten israelischen Operation gegen Tausende Mitglieder des bewaffneten Flügels der Hisbollah im Libanon veröffentlichten UNO-Menschenrechtsexperten, darunter Francesca Albanese, eine Stellungnahme, in der sie Israels Aktion als „erschreckende[n] Verstoß gegen das Völkerrecht" verurteilten und erklärten: „Wir drücken den Opfern dieser Anschläge unsere tiefste Solidarität aus." (United Nations Human Rights/Office of the High Commissioner 2024b) Hochrangige Vertreter der Vereinten Nationen versicherten also den Mitgliedern einer vom Iran unterhaltenen islamistischen Terrororganisation, die sich das Ziel der Vernichtung Israels auf die Fahne geschrieben hat, ihre „tiefste Solidarität". Muss noch extra erwähnt werden, dass bei den Vereinten Nationen selbstverständlich nicht ein Wort der Kritik an diesem Statement aufkam?

Die Vereinten Nationen haben, wie Hillel Neuer, der Geschäftsführer von UN Watch, bei einem Vortag in Wien feststellte, nach dem 7. Oktober „komplett versagt" (Neuer 2024). Aber wie nach dem hier präsentierten Streifzug durch die Geschichte des Verhältnisses zwischen den Vereinten Nationen und Israel deutlich geworden sein sollte: All das war nicht überraschend, sondern das Ergebnis eines israelfeindlichen Ungeistes, der bei den Vereinten Nationen seit spätestens Mitte der 1970er Jahren gang und gäbe ist. Deshalb ist es leider keine Übertreibung, den Vereinten Nationen 80 Jahre nach ihrer Gründung zu attestieren, dass sie (mit all ihren Unter- und Nebenorganisationen) die mit Abstand größte israelfeindliche Organisation der Welt sind.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Literatur

Albanese, Francesca (2023a): Caution!Numerous claims are circulating…, X, 11.10.2023, https://x.com/FranceskAlbs/status/1712059782029328580.

Albanese, Francesca (2023b): Fellow Europeans, Italians, Germans: after the Holocaust, we should instinctively know that Genocide starts with dehumanizing the Other…, X, 04.12.2023 https://x.com/FranceskAlbs/status/1731646447777427668.

Albanese, Francesca (2024a): Relieved that four hostages have been released…, X, 08.06.2024 https://x.com/FranceskAlbs/status/1799503174933372999.

Albanese, Francesca (2024b): Do not attribute what Israel does to all Jewish people…, X, 25.12.2024, https://x.com/FranceskAlbs/status/1871715892561846371.

Anti-Defamation League (2024a): By this point, no one could think that Albanese has the impartiality required of someone in her position…, X, 12.03.2024, https://x.com/ADL/status/1767361721113481525.

Anti-Defamation League (2024b): This isn't the first time Albanese has engaged in antisemitism by trivializing the Holocaust…, X, 25.07.2024, https://x.com/ADL/status/1816581111050375178.

Anti-Defamation League (2024c): Francesca Albanese in Her Own Words, https://www.adl.org/resources/article/francesca-albanese-her-own-words.

Beker, Avi (1988): The United Nations and Israel. From Recognition to Reprehension, Lexington/Toronto: Lexington Books.

Curtis, Michael (1986): Africa, Israel and the Middle East, in: Curtis, Michael (Hg.): The Middle East Reader, New Brunswick/Oxford: Routledge, 415–432.

Euractiv (2024): WHO chief calls for end to hospital attacks in Gaza after strike, 30.12.2024, https://www.euractiv.com/section/politics/news/who-chief-calls-for-end-to-hospital-attacks-in-gaza-after-strike/.

Feuerherdt, Alex (2022): UNO: Die feinen Freunde des Miloon Kothari, in: Mena-Watch, 12.09.2022, https://www.mena-watch.com/uno-die-feinen-freunde-des-miloon-kothari/.

Feuerherdt, Alex/Markl, Florian (2018): Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin: Hentrich & Hentrich.

Freedman, Rosa (2014): Failing to Protect. The UN and the Politics of Human Rights, London: Hurst & Company.

German Foreign Office (2024): To justify the horrific terror attacks of 7/10 & deny their antisemitic nature is appalling…, X, 11.02.2024, https://x.com/GermanyDiplo/status/1756674368606736529.

Gensicke, Klaus (2007): Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin El-Husseinis, Darmstadt: wbg.

Gold, Dore (2009): The UN Gaza Report: A Substantive Critique. An Expanded Text of Ambassador Dore Gold's Presentation During an Exchange with Justice Richard Goldstone at Brandeis University on November 5, 2009, https://jcpa.org/wp-content/uploads/2011/09/GoldGoldstone-5nov09.pdf.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Goldstone, Richard (2011): Reconsidering the Goldstone Report on Israel and war crimes, in: Washington Post, 01.04.2011, https://www.washingtonpost.com/opinions/reconsidering-the-goldstone-report-on-israel-and-war-crimes/2011/04/01/AFg111JC_story.html.

Greenblatt, Jonathan (2024): At this point […] UN officials should check their biases at the door and maintain professional standards…, X, 15.10.2024, https://x.com/JGreenblattADL/status/1846276664545923517.

Guterres, António (2023a): Secretary-General's remarks to the Security Council – on the Middle East, https://www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2023-10-24/secretary-generals-remarks-the-security-council-the-middle-east%C2%A0.

Guterres, António (2023b): Horrified by the killing of hundreds of Palestinian civilians…, X, 18.10.2023, https://x.com/antonioguterres/status/1714416230877073664.

Harkabi, Yehoshafat (1980): Das palästinensische Manifest und seine Bedeutung, Stuttgart: Seewald

Herf, Jeffrey (2016): Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left 1967–1989, New York: Cambridge University Press.

Horowitz, David (1953): State in the Making, New York: Knopf.

Human Rights Council (2024): Resolution adopted by the Human Rights Council on 5 April 2024 55/28. Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and the obligation to ensure accountability and justice, https://documents.un.org/doc/undoc/gen/g24/067/64/pdf/g2406764.pdf.

Licklider, Roy (2008): The Power of Oil: The Arab Oil Weapon and the Netherlands, the United Kingdom, Canada, Japan, and the United States, in: International Studies Quarterly, 32(2), 205–226.

Lubet, Steven (2019): The Protocols of the Euphemisms of Zion, 15.07.2019, https://www.thebulwark.com/p/the-protocols-of-the-euphemisms-of-zion.

Mallmann, Klaus-Michael/Cüppers, Martin (2006): Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt: wbg.

Mandel, Seth (2025): Global Anti-Semitism's Leading Lady, 15.01.2025, https://www.commentary.org/seth-mandel/global-anti-semitisms-leading-lady/.

Manor, Yohanan (1997): To Right a Wrong. The Revocation of the General Assembly Resolution 3379 Defaming Zionism, New York: Shengold.

Markl, Florian (2022): UN-Vertreter: Social Media werden von der „jüdischen Lobby" kontrolliert, in: Mena-Watch, 28.07.2022, https://www.mena-watch.com/un-vertreter-social-media-judische-lobby/.

Markl, Florian (2023): Guter Flüchtling, besserer Flüchtling, in: Der Pragmaticus, 20.12.2023, https://www.derpragmaticus.com/r/fluechtlingshilfswerk-unrwa.

Markl, Florian (2024a): Die UNRWA-Farce, in: Mena-Watch, 28.04.2024, https://www.mena-watch.com/die-unrwa-farce/.

Markl, Florian (2024b): Nächstes Kapitel in der UNRWA-Farce, in: Mena-Watch, 08.08.2024, https://www.mena-watch.com/nachstes-kapitel-in-der-unrwa-farce/.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mena-Watch (2024): Hillel Neuer: »Die UNO hat nach dem 7. Oktober 2023 komplett versagt, YouTube, 13.09.2024, https://www.youtube.com/watch?v=JKZCKpeK4pA&t=3256s.

Merari, Ariel/Elad, Shlomi (1986): The International Dimension of Palestinian Terrorism, Jerusalem: Westview Press.

Mickolus, Edward F. (1980): Transnational Terrorism. A Chronology of Events, 1968–1979, Westport: Cambridge University Press.

Moynihan, Daniel Patrick (1979): A Dangerous Place, London: Secker & Warburg.

Müller, Joachim (2006): Reforming the United Nations. The Struggle for Legitimacy and Effectiveness, Leiden: Brill.

Muravchik, Joshua (2014): Making David into Goliath. How the World Turned Against Israel, New York/London: Encounter Books.

Neuer, Hillel (2022): UNHRC Palestine Rapporteur […] Excusing violence is the opposite of human rights…, X, 17.05.2022, https://x.com/HillelNeuer/status/1526543254363291649.

Palestine at the United Nations (1975): The Speech of Yasser Arafat, in: Journal of Palestine Studies, 4(2), https://www.palestine-studies.org/sites/default/files/attachments/jps-articles/2535860.pdf, 182–192.

Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (2004): Einleitung, in: Dies. (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt am Main 2004: Suhrkamp.

Schoenberg, Harris O. (1989): A Mandate for Terror. The United Nations and the PLO, New York: S.P.I.

Shalom, Silvan (2014): A fence built for peace, in: The Guardian, https://www.theguardian.com/world/2004/feb/03/comment.

Talmon, Jakob L. (1976): The New Anti-Semitism, in: The New Republic, September 1976, 18–23.

The New York Times (1974): Dangerous Debate, in: The New York Times, 14.11.1975, https://www.nytimes.com/1974/11/14/archives/dangerous-debate.html.

Tress, Luke (2022): UN Palestinian rights official's social media history reveals anti-semitic comments, in: Times of Israel, 14.12.2022, https://www.timesofisrael.com/un-palestinian-rights-officials-social-media-history-reveals-antisemitic-comments/.

Tress, Luke (2025): UN chief called special rapporteur for the Palestinians a "horrible person," US antisemitism envoy says, in: Times of Israel, 15.01.2025, https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/un-chief-called-special-rapporteur-for-the-palestinians-a-horrible-person-us-antisemitism-envoy-says/.

Troy, Gil (2013): Moynihan's Moment. America's Fight Against Zionism as Racism, Oxford: Oxford University Press.

UN Watch (2025): Human Rights Council Condemnatory Resolutions, 2006 – present, https://unwatch.org/database/.

UN-Generalversammlung (1947): Resolution 181 (II), http://www.un.org/depts/german/gv-early/ar181-ii.pdf.

United Nations (2024): Current Exhibits: Memories, https://www.un.org/en/exhibits/page/now-view.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

United Nations Chronique (2004): Message du Secrétaire général: L'antisémitisme a été le signe avant-coureur de la discrimination, https://www.un.org/french/pubs/chronique/2004/numero2/0204p4.html.

United Nations General Assembly (1969): Resolution 2535 (XXIV). United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, https://documents.un.org/doc/resolution/gen/nr0/256/69/img/nr025669.pdf?OpenElement.

United Nations General Assembly (1970): Resolution 2708 (XXV). Implementation of the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples, https://documents.un.org/doc/resolution/gen/nr0/349/73/img/nr034973.pdf?OpenElement.

United Nations General Assembly (1974a): Resolution 3236 (XXIX). Question of Palestine, https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2016/05/ARES3236XXIX.pdf.

United Nations General Assembly (1974b): 3246 (XXIX). Importance of the universal realization of the right of peoples to self-determination and of the speedy granting of independence to colonial countries and peoples for the effective guarantee and observance of human rights, https://docs.un.org/en/a/res/3246(xxix).

United Nations General Assembly (1975a): Resolution 3376 (XXX). Question of Palestine, https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2016/04/RES3376.pdf.

United Nations General Assembly (1975b) Resolution 3379 (XXX). Elimination of all forms of racial discrimination, 10. November 1975, https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/IP%20A%20RES%203379.pdf.

United Nations General Assembly (1977): Resolution 32/40. Question of Palestine, https://documents.un.org/doc/resolution/gen/nr0/312/75/pdf/nr031275.pdf.

United Nations General Assembly (1991): Resolution 46/86. Elimination of racism and racial discrimination, 16. Dezember 1991, https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/IP%20ARES46%2086.pdf.

United Nations Human Rights Council (2025a): Year-round activities of the Human Rights Council, https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/year-round-activities.

United Nations Human Rights Council (2025b): The Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel, https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/co-israel/index.

United Nations Human Rights/Office of the High Commissioner (2024a): UN experts warn international order on a knife's edge, urge States to comply with ICJ Advisory Opinion, https://www.ohchr.org/en/statements/2024/09/un-experts-warn-international-order-knifes-edge-urge-states-comply-icj-advisory.

United Nations Human Rights/Office of the High Commissioner (2024b): Exploding pagers and radios: A terrifying violation of international law, say UN experts, https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/09/exploding-pagers-and-radios-terrifying-violation-international-law-say-un.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

United Nations Meetings Coverage and Press Releases (2023): Secretary-General Condemns Fatal Attacks on Al Ahli Anglican Episcopal Hospital, UNRWA School in Gaza, Stresses Premises Are Protected under International Law, https://press.un.org/en/2023/sgsm21992.doc.htm.

United Nations Security Council (1967): Resolution 242, https://digitallibrary.un.org/record/90717/files/S_RES_242%281967%29-EN.pdf?ln=en.

United Nations Security Council (1968) Resolution 262, https://undocs.org/S/RES/262 (1968).

United Nations Security Council (2025): United Nations Security Council Consolidated List, https://main.un.org/securitycouncil/en/content/un-sc-consolidated-list.

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

https://doi.org/10.5771/9783748965787-225 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY